

# Die Eingemeindung von 1934

Wenn wir im Jahre 1983 die Stadt Zürich betrachten, dann fällt es uns schwer, sich vorzustellen, dass das aus 12 Stadtkreisen bestehende Gebilde noch gar nicht so alt ist, und nur gerade ältere oder eingefleischte Bewohner unserer Quartiere sprechen heute noch vom Dorf, wenn sie nach Oerlikon gehen, oder von der Stadt, wenn sie in die City fahren.

## Die Situation der Glattalgemeinden vor der Eingemeindung

Oerlikon:

Bis zum Jahre 1872 gehörte Oerlikon politisch zur Gemeinde Schwamendingen. Die Loslösung und politische Selbständigkeit brachte dann Oerlikon eine rasche Entwicklung, so dass Oerlikon zur Zeit der Eingemeindung nach Zürich und Winterthur die drittgrösste Gemeinde des Kantons Zürich war. Dank der günstigen Verkehrslage und besonders als Eisenbahnknotenpunkt sowie durch die frühe Tramverbindung siedelten sich um die Jahrhundertwende verschiedene Industriebetriebe mit Weltruf in Oerlikon an, die zu dieser Zeit über 6000 Arbeiter beschäftigten.

Schwamendingen:

In der Mitte des 19. Jahrhunderts lag Schwamendingen an der attraktiven Hauptstrasse von Zürich nach Winterthur. Der Bau der Eisenbahnlinie zwischen den beiden Städten liess dann die Attraktivität Schwamendingens wieder sinken, so dass das Bauerndorf in seiner Entwicklung stagnierte und wieder landwirtschaftlichen Charakter annahm.

Seebach:

Seebach war schon 1897 durch die Strassenbahn sowohl mit Zürich wie mit Oerlikon verbunden. Sein Wachstum und seine Entwicklung gingen Hand in Hand mit derjenigen Oerlikons. Seebach hatte darum schon früh ein mehrheitlich städtisches Aussehen und wurde zum eigentlichen Arbeitervorort Oerlikons mit verhältnismässig wenig eigener Industrie.

Affoltern:

Auch Affolterns Bevölkerung - früher mehrheitlich in der Landwirtschaft tätig - erhielt ständig Zuzug durch Arbeiter aus dem nahen Oerlikon. Wichtig ist vielleicht noch zu wissen, dass Affoltern als einziger Vorort, der zur Eingemeindung kommen sollte, nicht dem Bezirk Zürich, sondern Dielsdorf angehörte. Infolge der miserablen Finanzlage waren der baulichen Entwicklung der Gemeinde enge Grenzen gesetzt.

Die Seebacher Initiative:

Der Gemeinderat von Seebach - und mit ihm ein Initiativkomitee - gaben 1906 den wohl entscheidenden Anstoss zu den ersten Eingemeindungsgesprächen und -bestrebungen.

Die finanzielle Überforderung der finanzschwachen Gemeinden wirkte sich ganz besonders im Schulwesen

aus, das immer grössere Anforderungen an die Schulgemeinden stellte. War es darum verwunderlich, dass die Seebacher Initianten Beitragsleistungen des Staates für die Lehrerbesoldungen, Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien in der gesamten Höhe und für Bau und Reparatur der Schulhäuser, Turnhallen und Anlagen zur Hälfte forderten.

In einer Volksabstimmung vom 29. September 1912 wurde dann die Seebacher Initiative mit 68911 Nein zu nur 4004 Ja sehr deutlich verworfen. Auch der Gegenvorschlag des Regierungsrates wurde mit grossem Mehr verworfen. Das Problem aber blieb bestehen,

und das Initiativkomitee hatte mit dieser vermeintlich ganz ausserhalb der Eingemeindungsfrage stehenden Initiative einen wertvollen Beitrag zur schnelleren Lösung der Neuregelung der staatlichen Leistungen für das Volksschulwesen geleistet. Sie hatte aber damit auch das Eingemeindungsgespräch richtig in Fahrt gebracht, das sich auch später immer wieder um diese und andere Finanzierungsprobleme drehen sollte.

Das finanzschwache Affoltern:

Die starke Verschuldung der Vorortsgemeinden - ausser Oerlikon - rief nach einem finanziellen Lastenausgleich. Ganz gravierend war dabei die Lage Affolterns, dem - darüber war man sich überall klar - geholfen werden musste.

1919 wurde im Kantonsrat festgestellt, dass die zukünftige dauernde Lösung für die Gemeinde Affoltern kaum anders als in der Eingemeindung in einen grösseren, finanzstärkeren Verwaltungskreis gefunden werden könne. Affoltern war nämlich ein Opfer des industriellen Aufschwunges der anderen Gemeinden und der Stadt

geworden, gewissermassen eine «Rand»-Erscheinung. Anfangs sprach man noch von einer Vereinigung mit «Gross-Oerlikon», später aber nur noch von der Möglichkeit einer Eingemeindung in «Gross-Zürich».

Eingabe der Glattalgemeinden:

Anfangs März 1919 bildete sich ein Aktionskomitee, das am 16. Juli 1919 eine Eingabe an den Stadtrat von Zürich richtete, die eine Vereinigung der Glattalgemeinden mit Zürich zum Ziele hatte. Der Stadtrat selbst wollte aber keine bindende Antwort auf diese Eingabe erteilen, weil er vorerst noch dringend nötige Abklärungen

in dieser Frage vornehmen wollte. Als dann aber auch die Limmattalgemeinden den Antrag auf Eingemeindung stellten und 1924 der Bericht des Stadtrates fertiggestellt war, da stand einer Volksinitiative für die Eingemeindung nichts mehr im Wege.

Volksinitiative:

Vertreter verschiedenster politischer Parteien und vor allem die betroffenen Gemeinden im Glatt- und Limmattal taten sich zu einem Initiativkomitee zusammen und sammelten die nötigen Unterschriften für die Eingemeindung, und am 6. März 1926 konnten auf der Direktion des Innern des Kantons Zürich rund 25000 Unterschriften deponiert werden.

Das Für und Wider:

Ohne jede Einschränkung setzten sich die Gemeinden Affoltern, Schwamendingen und Seebach für die Eingemeindung ein, denn für sie bildete eine solche Massnahme eine wertvolle Hilfe in ihrer prekären Finanzlage.

Weniger eindeutig war die Stimmung im finanzstärkeren Oerlikon. Zu viele Interessen standen dabei auf dem Spiel, und man wollte seine Souveränität nicht einfach mir nichts, dir nichts verkaufen. Dabei spielte auch die schwankende Haltung des Gemeindepräsidenten Näf eine nicht unbedeutende Rolle. Sprach er 1925 und 1926 noch von einer unbedingt anzustrebenden Lösung in Richtung «Gross-Oerlikon», so vollzog sich 1927 eine Wende, worauf der Präsident des Initiativkomitees - Gemeinderat Wettstein - mitteilen konnte, dass sich nun die Stimmung auch in Oerlikon wesentlich zugunsten einer Eingemeindung in «Gross-Zürich» gewendet hätte.

Da ja neben den Glattalgemeinden auch die Limmattalgemeinden und Zollikon, Kilchberg und Adliswil zur Diskussion standen, entwickelte sich in und um Zürich eine lebhaft und teilweise sehr leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung um die Eingemeindung. Während Zollikon, Adliswil, Kilchberg, Schlieren und Engstringen bald aus der Diskussion ausschieden, konzentrierte sich die Frage immer mehr auf die Glatt- und Limmattalgemeinden. In politischer Hinsicht standen die Sozialdemokraten eindeutig für eine Eingemeindung ein, und der spätere Stadtpräsident Dr. Emil Klöti wurde bald zum Führer in der gesamten Eingemeindungsfrage, in die er auch die städtebaulichen und regionalplanerischen Probleme einwarf, um nicht nur auf der Finanzfrage aufbauen zu müssen. Damit konnte er auch die Architekten und Ingenieure begeistern, die bald zu einem guten Zugpferd in den späteren Abstimmungskämpfen wurden.

Bei den Freisinnigen war man sehr geteilt. Die Landfreisinnigen richteten sich entschieden gegen eine solche Lösung und bekundeten offen ihre Angst vor einer Ausweitung des «roten Zürich» - besonders darum, weil in den aufzunehmenden Vororten grosse

Arbeitersiedlungen entstanden waren, deren Stimmen man nicht noch zusätzlich aufrechnen wollte.

In den betroffenen Gemeinden aber setzten sich verschiedene Freisinnige aktiv für eine Eingemeindung ein, und auch in der Stadt und bei den Jungfreisinnigen stellte man etliche vehemente Befürworter fest.

Ein grosser Gegner der Eingemeindungsfrage war Stadtrat Nägeli von den Demokraten, und es bedeutete für ihn einen grossen Schlag, als der Parteitag der Demokraten des Kantons Zürich die Zustimmung erteilte.

Zu den ebenfalls ablehnenden Parteien gehörten die Bauernpartei und die Christlichsozialen, wobei sich die letzteren gegen eine Radikalisierung im Sinn und Geist antichristlicher Weltanschauung wandten.

Der Abstimmungskampf:

Gross angelegt war dann der eigentliche Abstimmungskampf, standen sich doch die verschiedensten Aktionskomitees gegen über, die mit Schlagworten und mit ihren Argumenten teilweise nicht gerade zimperlich an die Arbeit gingen.

**Wir Vororte**  
fühlen uns geborgen in  
der schützenden Hand  
der **STADT ZÜRICH**

Gemeindepräsident A. Näf, Oerlikon  
Gemeindepräsident C. Forster, Altstetten  
Kantonsrat Surber, Gemeinderat, Höngg  
Gemeindepräsident A. Sirebel, Altisrieden  
Gemeindepräsident E. Oberhänsli, Seebach  
Gemeinderat J. H. Reullinger, Zollikon  
Gemeindepräsident O. Bolliger, Witikon  
Gemeindepräsident Gottfr. Binder, Affoltern b. ZH.  
Gemeindepräsident G. Bader, Ober-Engstringen  
Gemeinderat Walter Oltinger, Schlieren  
Gemeindepräsident E. Graf, Schwamendingen

**Eingemeindung JA**

**Hütet Euch vor Gross-Zürich!**  
**STÄDTISCHES BÜRO**

Gegen Vermehrung der Bürokratie!  
Gegen Erhöhung der Steuern!

**Eingemeindung Nein**

Am 12. Mai 1929 war es dann soweit. Mit 74897 Nein gegen 59214 Ja wurde die Initiative in der kantonalen Abstimmung verworfen. Mit 82 % war die Beteiligung ungewöhnlich hoch, wobei Schwamendingen gar 97 aufwies. In der Stadt und vor allem in den betroffenen

Gemeinden stimmten die Bürger mehrheitlich für eine Eingemeindung, während im Kanton einer solchen Lösung der Weg verbaut wurde.

Finanzausgleichsgesetz:

Wie schon eingangs erwähnt, spielte in diesen Jahren die Verschuldung der Zürcher Vororte in den Gesprächen um die Eingemeindung eine grosse Rolle. Nach der Ablehnung der Eingemeindung waren alle Hoffnungen auf ein neues Gesetz gerichtet, das den Gemeinden Beiträge im Finanzausgleich von Stadt und Kanton zusichern sollte. Beitragsberechtigt sollten alle Vororte sein, deren Steuerfuss mehr als 150 % betrug.

Am 29. September 1929 wurde auch dieses Gesetz bei einer Stimmbeteiligung von 58 % mit 47600 Nein gegen 42900 Ja relativ knapp verworfen.

Der Kompromiss:  
Eingemeindung  
und Finanzausgleich

Nach dem Abklingen der ersten Erregung über den Ausgang der beiden Abstimmungen entschloss man sich immer mehr und deutlicher zu einem Kompromiss, nämlich beide Aufgaben gemeinsam anzugehen.

In den Parteien und in anderen Gremien fand eine neue Meinungsbildung statt, wobei die Fragen des Finanzausgleichs, eines Zweckverbandes und die Verwaltungsfragen im Vordergrund standen.

In den Glattalgemeinden wurden in der Folge sogenannte Volksversammlungen abgehalten, bei denen übereinstimmend für die Einbeziehung in eine Eingemeindung votiert wurde, und auch der Zürcher Stadtrat bestätigte, dass nach dem Entwicklungsstand die Eingemeindung der acht Vororte durchaus erforderlich sei.

Die neue Gesetzesvorlage:

Am 14. Juni 1930 legte der Regierungsrat der Legislative das Gesetz über den Finanzausgleich und über die Zuteilung der Gemeinden Albisrieden, Altstetten, Höngg und Witikon an die Stadt vor. Beim Finanzausgleich fehlte gegenüber der Vorlage vom Herbst 1929 ein städtischer Ausgleich fast völlig. Die Beitragsgrenze wurde auf 175 % (inklusive Grundstückgewinnsteuer) angesetzt. Von den Gemeinden im Glattal war dabei nichts vermerkt. In den Verhandlungen des Kantonsrates wurde dann die Eingemeindung des Glattals gefordert.

Die entscheidende  
Volksabstimmung:

Am 5. Juli 1931 wurde das Volk des Kantons Zürich einmal mehr zu den Urnen gerufen. Es sollte über das Gesetz über den Finanzausgleich und über die Zuteilung der Gemeinden Affoltern bei Zürich, Albisrieden, Altstetten, Höngg, Oerlikon, Schwamendingen, Seebach und Witikon an die Stadt Zürich abstimmen. Die Abstimmungskampagne warf

erwartungsgemäss keine allzu hohen Wellen mehr, nachdem alle Parteien, mit Ausnahme der EVP, der Vorlage zugestimmt hatten.

Mit 69967 Ja zu 33 544 Nein wurde das Gesetz vom Volk deutlich angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug 62 %. Nur Meilen, Andelfingen und Bülach verwarfen die Vorlage. Damit war der Weg für die Eingemeindung frei, und nun galt es, die Voraussetzungen für den reibungslosen Ablauf der Eingemeindung vorzubereiten.

Vollzug der Eingemeindung:

Mit der Abstimmung war also die Eingemeindung beschlossen, aber noch nicht in Tat und Wahrheit eingeführt. Nach folgendem «Fahrplan» wurden nun die Vollzugsmassnahmen geplant:

1. Ausarbeitung eines ersten Entwurfes der Gemeindeordnung durch den Stadtrat Februar 1932
2. Einholung der ersten Vermehrung der Gemeinderäte und Entgegennahme von Anregungen aus der Bevölkerung. bis April 1932
3. Wahl der Abgeordneten der Vororte Mai 1932
4. Vorlage des endgültigen Entwurfs des Stadtrates Juni 1932
5. Beratung des Entwurfes in der Kommission des erweiterten Grossen Stadtrates bis September 1932
6. Beratung des Entwurfes im erweiterten Grossen Stadtrat bis Ende November 1932
7. Gemeindeabstimmung Februar 1933
8. Allfällige 2. Vorlage Juli 1933
9. Wahl der Behörden der erweiterten Stadt August 1933

Die neue Kreiseinteilung:

Es galt nun, eine neue Gemeindeordnung zu entwerfen, die den neuen Bedürfnissen entsprach, und so einigte man sich auf eine Die Glattalgemeinde. Schwamendingen und Affoltern bildeten dabei zusammen den grossen und neuen Kreis 11.

Weniger flüssig verlief die Einteilung der Schulkreise. Klöti sprach dabei sogar vom Schicksalsartikel der ganzen Gemeindeordnung. Nach längeren Diskussionen wurden dann die Schulkreise gebildet werden, wobei der Kreis 7 zu den Glattalgemeinden geschlagen wurde.

Wahlen der Vorortsvertreter in den grossen Stadtrat:

Mit besonderer Spannung blickte man hierauf im April 1932 den Wahlen der Vorortsvertreter in den Grossen Stadtrat entgegen. Die Ergebnisse brachten

aber eigentlich keine grossen Überraschungen.

Im Kreis 11 wurden folgende Vertreter gewählt: 2 FP, 1 DEM, 1 Bp, 1 CSp, 7 SP.

Die Volksabstimmung:

Auf den 15. Januar 1933 wurde die Abstimmung über die neue Gemeindeordnung angesetzt. Wie im Parlament, so wurde auch im Abstimmungskampf sehr hitzig und heftig diskutiert, und der Kampf war hart und aufwendig.

Hauptstreitpunkte waren einmal mehr die Schulkreiseinteilung und die Möglichkeit der Listenverbindungen. Die bürgerlichen Parteien befürchteten bei der Wahl der Schulpräsidenten ein Übergewicht der Sozialdemokraten, und diese Furcht war auch nicht unberechtigt, musste man doch annehmen, dass die SP in der Präsidentenkonferenz die Mehrheit erringen würde.

Bei einer Stimmbeteiligung von 68 % wurde die Gemeindeordnung hauchdünn mit 30410 Ja gegen 30298 Nein angenommen. Da die alte Stadt die Vorlage verworfen hatte, «verdankten» die Sozialdemokraten ihren Sieg vor allem den Vororten.

«Namens und im Auftrag des Bürgerlichen Aktionskomitees gegen die Gemeindeordnung sowie für sich selbst» erhoben Richner und Eibel (FP) und Seiler (CSP) gegen das Abstimmungsergebnis Rekurs beim Bezirksrat. Die angeordnete Nachzählung ergab aber, dass bei kleinen Fehlern der Ja-Stimmen-Überschuss um 24 auf 136 anstieg.

Die Wahlen  
vom 24. September 1933:

Am 24. September 1933 fanden dann die Stadt- und Gemeinderatswahlen der erweiterten Stadt Zürich statt. Die grosse Frage dabei war eindeutig, ob die Sozialdemokraten die 1928/1931 errungene Mehrheit in den bei den Räten verteidigen könnten. Das Niveau des Wahlkampfes war bedenklich tief, und es kam mehrfach zu Schlägereien zwischen Frontisten und Sozis.

Das Ergebnis war dann, kurz zusammengefasst, folgendes: Sieger: Nationale Front, Verlierer: Freisinnige Partei, Bestand erhalten: Sozialdemokraten.

Im Stadtrat konnte die SP den Angriff der bürgerlichen Sechserliste abwehren und sie brachte ihre vier Kandidaten plus den Stadtpräsidenten in die Exekutive. Der Sieg des Frontisten wurde sowohl von der linken wie auch von der rechten Seite als Belastung empfunden. Damit waren alle Voraussetzungen für die Eingemeindung gegeben, obwohl man sich immer wieder mit verschiedenen Problemen befassen musste, die sich im Verlauf des Eingliederungsprozesses ergaben, so die Frage der hauptamtlichen Schulpflegepräsidenten, des Lastenausgleiches und

Sind Eingemeindungen  
heute noch aktuell?

vieler anderer Fragen mehr.

Dieser Frage ging man im Jahre 1970 im Gemeinde- und Stadtrat nach und stellte sie auch den Gemeindepräsidenten der interessierten Gemeinwesen. Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass heute eine Eingemeindung kaum mehr in Frage kommen könnte, weil die Lösung eher in Form von Zweckverbänden gesucht und gefunden werden konnte.

Vielmehr kann das Problem mit einer guten und zweckmässigen Regionalplanung und -politik gelöst werden, ohne dass dabei die Gemeindeautonomie angetastet werden muss. Für die ehemaligen Glattalgemeinden hat sich die Lage in der Zwischenzeit eingespielt, und eine andere Lösung ist kaum mehr denkbar, abgesehen von einigen unbelehrbaren Gemeinde- beziehungsweise Quartierpolitikern, die in einer Loslösung grössere Chancen sehen. Die «Stadt ennet dem Milchbuck» ist zu einem Bestandteil der Stadt Zürich geworden, und wir fühlen uns heute als Zürcher und als Bürger von Gross-Zürich.

Text aus: „Chronik Zunft St.Niklaus 1933-1983“

Verfasser: Werner Egli.